

## Der letzte Raubzug

Die Finanzkrise 2008, ausgelöst von einer Immobilienblase, offenbarte, dass das Bretton-Woods-System am Ende ist. Ein Zombie. Doch der Kollaps blieb aus. Die »Protected Class«, die »systemrelevanten« Institutionen, waren noch nicht bereit dafür. Jetzt sind wir mit der um ein Vielfaches größeren »Everything Bubble« konfrontiert, einer allumfassenden Marktblase – und die Vorbereitungen für eine profitable Abwicklung des Weltfinanzsystems sind nahezu abgeschlossen. Der nächste Crash könnte daher nicht nur deutlich fataler, sondern auch der letzte sein. Das frei verfügbare Buch »Die große Enteignung« von David Rogers Webb erklärt, warum.



Erinnern sie sich noch an die [Weltfinanzkrise](#) 2008? Ausgelöst durch eine von Bankenkartellen kreierte Preisblase am US-Immobilienmarkt, die Schaffung von [Schattenbanken](#), geschönte Kreditbewertungen, [korrupte Ratingagenturen](#) und Zahlungsausfälle bei [Subprime](#)-Krediten geriet das Weltfinanzsystem ins Wanken. Kern der Krise war der Umstand, dass Banken und

Hypothekenmakler jahrelang Kredite in Milliardenhöhe an Verbraucher ohne jegliche Sicherheiten vergaben. In einem selbst für Finanzprofis intransparenten Verfahren wurden diese Kredite anschließend in sichere Wertpapiere umgewandelt – in »*Collateralized Debt Obligations*« ([CDO](#)),forderungsbesicherte Wertpapiere – und von US-Investmentbanken an Institutionen, Unternehmen und Privatanleger in aller Welt verkauft. So schlummerten die CDOs, von Börsianern gerne als »*Giftmüll*« bezeichnet, in den Portfolios der Kunden – bis die nicht solventen Schuldner ihre Raten nicht mehr bedienen konnten. Der Rest ist Geschichte.

Der Wert der ungedeckten Derivate und Finanzinstrumente umfasste 2008 circa das zwanzigfache des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP). Selbiges belief sich damals auf [64,21 Billionen](#) US-Dollar. Gut 64.000 Milliarden. Sprich, es handelte sich um eine Blase von 1.280.000 Milliarden. Zur Verdeutlichung: Billionen, das sind diese langen Zahlenreihen mit zwölf Nullen.

Nach [Berechnungen](#) von Deborah J. Lucas, [Direktorin](#) des »MIT Golub Center for Finance and Policy«, beliefen sich die von der US-Regierung finanzierten [Bail-outs](#) für »*systemrelevante Banken*« in den Jahren 2008 bis 2009 auf eine Summe von 498 Milliarden US-Dollar. Auch die deutsche Regierung beschloss am [13. Oktober 2008](#) »*das teuerste Gesetz der deutschen Geschichte*« und spannte einen monetären Rettungsschirm im Wert von fast [500 Milliarden](#) Euro. Beraten wurde Berlin dabei von der Kanzlei [Freshfields](#)

[Bruckhaus Deringer](#), die primär für Großbanken tätig ist und dem Bundesfinanzministerium weitere [160.000 Euro](#) in Rechnung stellte. Auch Frankreich, die Niederlande, Spanien und Österreich [beschlossen](#) damals milliardenschwere Rettungspakete für den Finanzsektor. Entsprechend rasant wuchs die Staatsverschuldung. Vor allem in den [USA](#). Ihre wohlverdienten [Boni](#) erhielten die Top-Manager jener Finanzinstitute, »*die sich gerade erst selbst in die Luft gejagt hatten*«, wie die [New York Times](#) es ausdrückte, aber natürlich trotzdem. Dem Steuerzahler sei Dank.

Das Zentralbankenkartell sah die Krise der Geschäftsbanken selbstredend als Chance. Als Chance auf mehr Macht. Auf mehr überstaatliche Kontrolle. Demzufolge gründete es im Rahmen des G20-Gipfels 2009 das »Financial Stability Board« ([FSB](#)), das seinen [Sitz](#) bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ([BIZ](#)) in Basel hat und wohl eines der mächtigsten Finanzgremien der Welt darstellt. Siehe die [Liste](#) der FSB-Mitglieder.

Als sich Anfang 2010 abzeichnete, dass Griechenland die Zahlungsunfähigkeit droht, nutzten die führenden Akteure des überstaatlichen Großkapitals auch diese Chance, um ihren Einfluss auf nationale Finanzmärkte und -institutionen massiv auszuweiten. Sie riefen den [Euro-Rettungsschirm](#) ins Leben, der aus ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus), EFSM (Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus) und EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) besteht. Auch die Diskussion um eine Vergemeinschaftung von Schulden in der Eurozone flammte seinerzeit wieder auf. Eingeführt wurde sie damals nicht. Obwohl der [SPIEGEL](#) noch 2014 vehement dafür plädierte. Ersatzweise kamen dafür 2020 die [Corona-Bonds](#), also [EU-Staatsanleihen](#), für die EU-Staaten gesamtschuldnerisch Kredite am Kapitalmarkt aufnehmen. So wurde denn auch die letzte große Krise »kreativ genutzt«.

Ein in [Konkurswellen](#) wiederkehrendes Szenario. Schon die erste US-Zentralbank, deren private Eigner zu 80 Prozent aus Großbritannien stammten, musste [1792](#) durch einen Bail-out gerettet werden. Und kaum ist das marode Fundament des von Gier zerfressenen Elfenbeinturms der Finanzmacht wieder halbwegs gekittet, machen die Verursacher der Krise da weiter, wo sie aufgehört haben – und legen noch eine Schippe drauf. Der [Wall-Street-Crash](#) von 1929, die [Große Depression](#) von 1929 bis 1942, die [Rezession](#) der frühen 80er, die [Dot-com Bubble](#), oder die Immobilien-Blase 2007/2008 – immer sind es die [Profiteure](#) des zügellosen Kasino-Kapitalismus, die den Finanzmarkt zuerst an den Rand des Kollaps spekulieren, um diesen dann vom Staat, beziehungsweise vom Steuerzahler abwenden zu lassen und sich im Zuge der Rettungsaktionen noch schamlos zu bereichern. Allein zwischen 1970 und 2007 wurden 124 Bankenkrisen, 326 Währungskrisen und 64 Staatsverschuldungskrisen auf nationaler Ebene [gezählt](#). Und keine davon brachte die mafiös operierenden Bankenkartelle, oder ihre Handlanger im Staatsapparat zur Räson. Au contraire.

So haben wir es nach Ansicht diverser [Analysten](#) mittlerweile mit der »*größten Blase aller Zeiten*« zu tun. Die Finanzmarktzeitschrift [Capital](#) warnte schon am 30. März 2019 davor,

dass die kumulierten weltweiten Schulden des Vorjahres mit 184 Billionen US-Dollar zu Buche schlugen – während das globale BIP für diesen Zeitraum bei nur 86,25 Billionen US-Dollar lag. Dann kam Corona. Die Staatsverschuldung explodierte abermals. [80 Prozent](#) aller heute zirkulierenden US-Dollars wurden zwischen Januar 2020 und Oktober 2021 geschöpft. In einem [Monat](#) wurde mehr Geld »gedruckt« als zuvor in zwei Jahrhunderten. Deutschland ist Ende 2023 mit knapp 2.500 Milliarden Euro verschuldet. Nähme der deutsche Staat keine neuen Kredite auf und tilgte jeden Monat eine Milliarde, wäre dieser [Schuldenberg](#) erst 2232 abgetragen. Die USA müssten im gleichen Modus Operandi bis ins Jahr 2450 zahlen, um ihre Staatsverschuldung abzubauen. Eine Illusion. Diese Schulden existieren nicht, um getilgt zu werden, sondern um Länder in Schuldnechtschaft zu halten.

Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs. Denn die »[Everything Bubble](#)«, die »Alles-Blase«, hat weitaus bedrohlichere Ausmaße als die kumulierten Schulden von Staaten, Wirtschaft und Privathaushalten angenommen. Es handelt sich um eine Finanzblase, die den Immobilien-, Aktien-, Versicherungs-, Renten- und Derivate-Markt umfasst. Allein der Derivate-Komplex der Blase beläuft sich aktuell auf das zehnfache des globalen BIP – das 2023 bei [104,79 Billionen](#) US-Dollar lag – also auf knapp 1.048 Billionen Dollar. Über eine Billiarde an undurchsichtigem, toxischem »Giftmüll«. Hinzu kommen ein exorbitant überhitzter Aktienmarkt, Kreditkarten- und Leasing-Blasen sowie ein aufgeblähter Kryptomarkt, dem kein Realwert gegenübersteht. Eine »[allumfassende Marktblase](#)«, nennt es der Ex-Hedgefonds-Manager und Finanzmarktspezialist David Rogers Webb in seinem 2023 veröffentlichten [Buch](#) »*Die große Enteignung*« – dem vielleicht wichtigsten Buch dieser Tage.

Wichtig deshalb, weil wir im Lichte der von Webb angeführten Informationen bei der nächsten Stimmungsschwankung König Mammons wohl nicht mehr so glimpflich davon kommen wie 2008. Finanzhistoriker wie [Harry Dent](#) warnen in puncto »*Everything Bubble*« gar vor dem »[größten Crash unseres Lebens](#)«. Nutzte die Banken-Oligarchie bisherige Krisen, um Staats-, also Volksvermögen zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren – siehe Griechenland – oder, um sich über Bail-outs erst Milliarden an Steuergeldern und mit diesen ihre Konkurrenten einzuhören, drohen beim nächsten Kollaps weitaus verheerendere Konsequenzen. Webb beschreibt und belegt anhand von offiziellen Dokumenten eine ins Haus stehende Zäsur ungeahnten Ausmaßes, die weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit eingeleitet wurde. Einen Paradigmenwechsel, der die vollständige Enteignung jeglicher Form von Privatbesitz ermöglicht. Für den letzten großen Raubzug der Prädatorenkaste.

Dass Gefahr im Verzug ist, scheinen auch Investment-Granden wie [Warren Buffet](#) zu bemerken. Der stieß mit Ende Juni 2024 bereits das siebte Quartal in Folge Aktien in großen Mengen ab – ein Volumen von 131,6 Milliarden US-Dollar seit Oktober 2022.

»Obwohl er Investoren dazu auffordert, nicht gegen Amerika zu wetten, und den Wert langfristiger Investitionen betont, stehen Buffetts kurzfristige Maßnahmen nicht im Einklang mit seiner Langfriststrategie. Aber er ist nicht allein.« (Yahoo Finance, 21.09.2024)

Was also prognostiziert Webb? Was erwarten Milliardäre wie Buffet, die mit ihrer Handelsstrategie implizieren, dass Vorsicht geboten ist?

»Die große Enteignung« beschreibt, wie Strukturreformen im Bereich länderübergreifenden Risikomanagements sowie nachgelagerte legislative Winkelzüge ein System geschaffen haben, dessen singulärer Zweck es ist, zu kollabieren. Diese Implosion des Finanzmarktes soll genutzt werden, um das gesamte Anlagevermögen zu enteignen – ob von Privathaushalten, Betrieben, Rentenkassen oder Geschäftsbanken. Alles.

Überleben werden dieses Szenario nur die »systemrelevanten« Banken und Konzerne, Häuser vom Schlag JP Morgan Chase, die in [US-Gerichtsurteilen](#) (siehe S. 34) mittlerweile als »The Protected Class«, die geschützte Klasse bezeichnet werden. Jene Klasse, die über dem Gesetz steht. Jene Klasse, die das System geschaffen hat, das sie nun zum eigenen Vorteil zerstört. Das Ziel: Die Einführung von digitalem Geld ([CBDC](#)). Von totaler Kontrolle über jede Finanztransaktion. Und auf dem Weg dorthin nimmt man natürlich noch mit, was geht.

Orchstriert wird diese finale Enteignungsrounde über ein Netz nebulöser Institutionen. Die [Clearinggesellschaften](#). Das sind Unternehmen, die auf Basis von Verträgen mit ihren Mitgliedern Saldierung betreiben indem sie den Ausgleich gegenseitiger Forderungen und Verbindlichkeiten durch Clearing vornehmen. Schon der in London lebende Karl Marx kannte Clearinghäuser und schrieb in seinem Buch [Das Kapital](#) auf Seite 363: »Das bloße Ökonomisieren des Zirkulationsmittels erscheint am höchsten entwickelt im Clearing House, dem bloßen Austausch von fälligen Wechseln, und der vorwiegenden Funktion des Geldes als Zahlungsmittel zum Ausgleich bloßer Überschüsse«. Derartige Unternehmen sind also nicht neu. Allerdings veränderte sich ihre [Rolle](#) für das [Weltfinanzsystem](#) in den zurückliegenden Dekaden dramatisch.

Bei einschlägigen Online-Enzyklopädien liest man diesbezüglich:

»Aufgrund der Finanzkrise ab 2007 wurden vermehrt Bestrebungen erkennbar, Clearinghäuser für diverse Arten von Finanzprodukten zu errichten. Insbesondere die Gründung von Clearingstellen für Credit Default Swaps (CDS) rückte in den Fokus der politischen und regulatorischen Diskussion mit dem Ziel, zukünftig die Risiken dieser Produkte abzusichern.«

»Absichern« bezieht sich in diesem Fall natürlich nur auf die »Protected Class«. Denn die neue Rolle der Clearinggesellschaften, oder [Central Clearing Counterparties](#) (CCP), besteht darin, das Gesamtvermögen der Zivilgesellschaft einzusammeln, damit es die »geschützte

*Klasse*« beim nächsten Kollaps vereinnahmen kann. Denn Bail-outs waren gestern. Mittlerweile sind die Finanzmarktgesetze in praktisch allen Ländern so modifiziert worden, dass nicht mehr der Staat eingreifen muss, wenn eine Bank in Schieflage gerät. Der Steuerzahler wird also verschont. Glück gehabt! Könnte man meinen. Denn künftig werden die Banken sich selbst retten. Dies allerdings über Bail-ins – die sogenannte Gläubigerbeteiligung – sprich, mit den Einlagen und Anlagen der Kunden, die bei einer existenziellen Krise schlichtweg konfisziert werden.

Um diesen Prozess zu internationalisieren und nationalstaatliche Regularien zu umgehen, wurde ein Netz von Clearinggesellschaften und CCPs installiert: Options Clearing Corporation ([OCC](#)), [CME Clearing](#), [Euroclear](#), [Eurex Clearing](#), [Cboe Clear Europe](#), et cetera. Diesen Unternehmen übertragen Banken und Vermögensverwalter das Management ihrer Sicherheiten und Risiken. Die Clearinggesellschaften saldieren diese untereinander.

Im Falle ihrer Hausfinanzierung, werter Leser, bedeutet das beispielsweise, dass die Sicherheit – die Immobilie – und das Risiko – der für den Hauskauf gewährte Kredit – bei der Clearingstelle hinterlegt sind, um damit andere Sicherheiten und Risiken ihrer Bank gegenüber Clearingmitgliedern, mit denen diese in Geschäftsbeziehungen steht, auszugleichen. Und zwar anonymisiert. Ihre Immobilie, ihr Aktienportfolio, oder ihr Kredit werden bei der Clearinggesellschaft also nicht auf ihren Namen geführt, sondern in einem Paket anonymisierter Sicherheiten und Risiken verwaltet, das ihre Bank im Vorfeld geschnürt hat. So »*besichern, optimieren und mobilisieren*« Banken ihr Vermögen grenzüberschreitend, wie Euroclear es [nennt](#). Dass Besitz, Vermögen, Anlagen und Verbindlichkeiten von Privatpersonen dabei zu anonymisierten Derivaten auf dem Interbankensektor verkommen, tangiert das Finanzmarktkartell peripher.

Allein Euroclear [verwaltet](#) über 35 Billionen Euro (Stand 2020) und »*mobilisiert*« pro Tag Sicherheiten im Wert von 1,8 Billionen Euro – ist damit aber noch eines der kleineren Clearinghäuser. Unbemerkt von der Öffentlichkeit avancierte dieses supranationale Clearing-Netzwerk, das aus ein paar [Dutzend](#) privater Unternehmen besteht, zum zentralen Element des Weltfinanzsystems. Einem sehr fragilen Element. Am 25. April 2024 vermeldete [Reuters](#) unter der Überschrift »*Regulierungsbehörden müssen auf gescheiterte Clearinghäuser vorbereitet sein*«:

»*Vor kurzem haben die USA Vorschriften erlassen, die den 26 Billionen Dollar schweren Staatsanleihenmarkt zwingen, über Clearingstellen zu handeln. Infolge dieser Änderungen sind einige Clearingstellen für die Finanzsysteme in mehr als einer Jurisdiktion unverzichtbar geworden. Das bedeutet, dass ihr Zusammenbruch die Finanzstabilität gefährden könnte, sofern sie nicht auf geordnete Weise stabilisiert oder abgewickelt, das heißt geschlossen werden können. Das Financial Stability Board (FSB) teilte mit, sein neuer Standard (...) erfordert, dass ausreichende Liquidität, Verlustabsorptions- sowie Rekapitalisierungsressourcen und -instrumente zur Verfügung stehen, um die Kontinuität der kritischen Funktionen eines Clearinghauses aufrechtzuerhalten und negative*

*Auswirkungen auf die Finanzstabilität abzumildern, sollte eine Schließung notwendig werden. (...) Das FSB legt sieben Ressourcen und Instrumente fest, aus denen Regulierungsbehörden auswählen müssen. Zum Beispiel von Clearinghäusern ausgegebene Bail-in-Anleihen, die abgeschrieben werden können, um Verluste auszugleichen, Abwicklungsfonds, Barabrufe während der Abwicklung und Eigenkapital in einer First-Loss-Position bei der Abwicklung.«*

Über Eigenkapital verfügen die Clearinggesellschaften aber kaum. Die [Depository Trust & Clearing Corporation](#) (DTCC), Eigentümer von The Depository Trust Company, National Securities Clearing Corporation, Fixed Income Clearing Corporation, DTCC ITP LLC, DTCC Deriv/SERV LLC, DTCC Solutions LLC, DTCC Solutions UK und Limited Solutions UK, wies am 31. März 2023 ein Eigenkapital von gerade einmal 3,5 Milliarden US-Dollar aus – während DTCC schon ohne seine [Sub-Unternehmen](#) ein Volumen von knapp [47 Milliarden](#) Dollar »besichert und mobilisiert«.

Das supranationale Clearing-Netzwerk ist bewusst so strukturiert, dass die von der »geschützten Klasse« kontrollierten Central Clearing Counterparties (CCP) die Sicherheiten der zum Scheitern verurteilten Clearinggesellschaften übernehmen, wenn diese grenzüberschreitend abgewickelt werden – womit das über eine Hypothek finanzierte Eigenheim, oder auch das private Aktienportfolio in den Besitz einer CCP übergeht. Die Risiken, sprich Kredite, werden die Zentralbanken übernehmen, um beim Kreditnehmer die Restforderung einzutreiben. Zu neuen, krisenbedingten Konditionen. Neben der Sollbruch-Clearinggesellschaft, die für dessen Hausbank Risiken und Sicherheiten verwaltete, hat zwischenzeitlich aber eben auch diese Hausbank Konkurs angemeldet. Guthaben, Sparbuch und Aktien des Kreditnehmers sind also weg. Bail-in und so.

Auch der [Krypto-Markt](#) bleibt nicht verschont. Das zeigt die Krypto-Verordnung der [Europäischen Union](#). Seit Inkrafttreten des neuen [Gesetzes](#) im Mai 2023 liegt die Obergrenze für Transaktionen zwischen anonymen Wallets bei 7.000 Euro – wobei der ursprüngliche Gesetzentwurf gar bei 1.000 Euro deckelte. Für Krypto-Plattformen wie Coinbase besteht schon jetzt eine Meldepflicht zu Zahlungen, wenn plattformunabhängige Wallets dabei Beträge über 1.000 Euro transferieren. Von der vermeintlichen Anonymität einer euphorisierten Frühphase ist in einem derart durchregulierten Umfeld nicht mehr viel übrig. Wer seine Krypto-Assets bei einer Online-Plattform hortet, verliert auch diese.

Ähnlich verhält es sich mit Edelmetallen. Wobei diese weniger im Fokus stehen. Dennoch: Man sollte sich »*den großen Goldraub*« von 1933 ins Gedächtnis rufen. Die [Executive Order 6102](#). Damals verbot die US-Regierung kurzerhand den Privatbesitz von Gold. Wer Barren, Münzen oder Goldzertifikate hielt, wurde [gezwungen](#), diese zu einem festgelegten Kurs abzugeben. Zu widerhandlungen konnten mit Geldstrafen von bis zu 10.000 Dollar oder zehn Jahren Haft geahndet werden. Der Staat begründete das rigorose Vorgehen mit der desaströsen Wirtschaftslage. Das Einsammeln von Gold sei nötig, um die Stabilität der US-Währung zu gewährleisten. Ein glatte Lüge. Trotzdem galt das Verbot von privatem

Goldbesitz noch ganze 40 Jahre. Erst am 31. Dezember 1974 wurde es von Präsident Gerald Ford aufgehoben.

Dass solch ein Szenario nicht in ferner Zukunft, sondern schon recht bald wieder eintreten könnte, beschreibt David Rogers Webb ab Seite 62 seines geradezu schockierenden Buches:

*»In Europa wurde 2012 die Bankenunion ins Leben gerufen. (...) Damit wurde in 21 Ländern die Verantwortung für Bankenpolitik von der nationalen Ebene auf die EU-Ebene übertragen. (...) Der Zweck der Bankenunion ist es meines Erachtens, im Krisenfall die Stabilisierung der Banken durch Verstaatlichung zu verhindern, und zwar unter dem allzu simplen Vorwand, dass die Abwicklung der Banken vollständig privat durchgeführt werden sollte damit keine Steuermittel eingesetzt werden müssen. Die Zuständigkeit für die Abwicklung aller betroffenen Banksysteme, zu denen rund 3.000 Banken und sonstige Finanzinstitute gehören, wurde einer speziellen Behörde, dem Ausschuss für die einheitliche Abwicklung ([Single Resolution Board](#), SRB), übertragen. Die Abwicklung wird nach einem einheitlichen Mechanismus erfolgen, und unter Verwendung eines einheitlichen Abwicklungsfonds ([Single Resolution Mechanism](#), SRM). (...) Der Ausschuss für die einheitliche Abwicklung hat die größten Banken angewiesen, sich auf eine solvante Abwicklung vorzubereiten. Das klingt erst einmal gut, aber angesichts der Dimensionen der Blase kann damit unmöglich die Solvenz des gesamten Banksystems gemeint sein. Ich bin überzeugt, damit ist lediglich gemeint, dass bestimmte Teile der größten Banken solvent bleiben sollen.«*

Ganz wie im [Amerika](#) des Jahres 1933.

*»Wie es aussieht, kann die Vorstellung bald beginnen! (...) Dass es denen da oben sehr ernst ist, entnimmt man einer [Pressemitteilung](#) des SRB aus dem Jahr 2022. Titel: Leiter der Finanzbehörden der USA, der Europäischen Bankenunion und der britischen Finanzbehörden treffen sich zu einer regelmäßigen Koordinationsübung zur grenzüberschreitenden Abwicklungsplanung«, so Webb.*

Auch ein [SRB-Memo](#) vom November 2022 macht hellhörig:

*»Das Jahr 2023 wird das letzte in einer Übergangsperiode sein, während derer die wichtigsten Elemente des Rahmenvertrags für die Abwicklung innerhalb der Bankenunion festgelegt werden.«*

*»Die Machthaber haben ein ausgeklügeltes rechtliches Konstrukt geschaffen, um zu verhindern, dass einzelne Staaten ihre Zentralbanken anweisen, zum Schutz der Einleger mehr Geld zu schaffen. Wenn viele Billionen geschöpft werden können, um private Banken zu retten, ginge das sicherlich auch, um die Einlagen zu retten. (...) Dass genau dies verhindert werden soll, zeigt uns die wahre Absicht – Verarmung und Unterwerfung«, so Webb weiter.*



---

regenauer.press

---

Folgt man seiner argumentativ schlüssigen, gut belegten These, ist die von [Ida Auken](#) im Jahr 2016 ventilierte Phrase – »*You'll own nothing and be happy*« – keine irritierende Prophezeiung, sondern längst Realität. Wenn der erste Dominostein fällt, geht's los.